

Feuilleton

Die nächste Stufe der Krise

Welche Möglichkeiten hat die Politik noch, des Finanzsystems Herr zu werden? Die Lösung der Schuldenkrise ist eine Verteilungsfrage: Wer bezahlt, was längst ausgegeben wurde?

Von Jens Beckert und Wolfgang Streeck

Die Finanzkrise ist mittlerweile in ihrer dritten Phase. In der ersten gerieten Banken wegen hoher Abschreibungen auf verbriefte Hypothekenanleihen in Schieflage und wurden, bis auf Lehman Brothers, durch Vergemeinschaftung ihrer Verluste gerettet. In der zweiten Phase wurden europäische Peripherieländer in einen Abwärtssog gezogen, weil das Niveau ihrer Verschuldung nicht mehr erwarten ließ, dass sie ihre Kredite würden zurückzahlen können. Eine Stabilisierung wurde durch Rettungspakete versucht, die von den jeweiligen Rentnern und anderen staatsabhängigen Gruppen sowie von den ökonomisch stärkeren Euroländern im Norden finanziert wurden und werden. In der dritten Phase haben sich nun die Zweifel an der staatlichen Solvenz auch auf Kernländer der Weltwirtschaft ausgeweitet, besonders die Vereinigten Staaten, aber auch Italien, zuletzt Frankreich. Damit geraten auch diese Länder in den Strudel.

Die verschiedenen Stufen der Krise lassen ein System des Vertrauensmanagements erkennen, in dem der Vertrauensverlust von Akteuren auf einer Ebene durch Garantien anderer Akteure höherer Vertrauensstufe ausgeglichen wird – oder werden soll. Doch anstatt die Lage zu beruhigen, folgt den Garantien der Zweifel an der Vertrauenswürdigkeit der Helfer. Mittlerweile sind die Vertrauensreserven aufgebraucht.

Besonders dramatisch ist der Zweifel an der Sicherheit amerikanischer Staatsanleihen, nicht nur, weil die Größe des amerikanischen Staatsschuldenmarkts diesen unentbehrlich macht, sondern auch wegen der durch sie ausgelösten Unsicherheit an den Finanzmärkten insgesamt. Erkennbar wird dies an den sofort nach der Herabstufung durch Ratingagenturen einsetzenden Spekulationen gegen Frankreich. Deutschland wird ebenfalls betroffen sein, wenn es weitere Garantien übernimmt, die zu zusätzlicher Verschuldung und einer Mithaftung für die Schulden der anderen europäischen Länder führen. Der Aufkauf von Staatsanleihen durch die europäische Zentralbank und die Diskussion um Eurobonds bereiten ein deutsches Einspringen bereits vor.

Vier Jahre nach Beginn der Krise scheint kein Instrument zu ihrer Eindämmung gefunden. Vielmehr weitet sie sich auf immer mehr Staaten aus, bei erschöpften Mitteln der Vertrauensbildung. Die Politik macht einen überforderten Eindruck. Eine Neuregulierung der Finanzmärkte ist weitgehend ausgeblieben, das Bankensystem ist nach wie vor anfällig, die konjunkturelle Entwicklung erlahmt. Dies wirft die Frage nach der nächste Stufe der Finanzkrise auf. Dabei teilen wir nicht die Hoffnung auf eine baldige Beendigung der Krise. Diese würde eine glaubwürdige Sanierung der Staatshaushalte im Sinne einer dauerhaften Privilegierung der Forderungen der Gläubiger sowie ein Wiedererlangen des Wachstums in den europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten erfordern. Dies ist jedoch nicht abzusehen. Stattdessen muss ins Auge gefasst werden, dass aus der ungelösten Finanzkrise eine soziale und politische Krise entstehen wird.

Für die Bewältigung der Verschuldungskrise stehen im Prinzip vier Lösungen zur Verfügung. (1) Durch Verringerung der Staatsausgaben und Wirtschaftswachstum wird der Schuldenstand verringert und damit das Vertrauen der Anleger in die Bonität der staatlichen Schuldner langfristig wiederhergestellt. (2) Durch Steuererhöhungen wird die Einnahmesituation der Staatshaushalte verbessert und werden die Schulden reduziert. (3) Die staatlichen Schuldner stellen den Schuldendienst ein und verhandeln mit den Gläubigern über einen Zahlungsverzicht. (4) Die Staaten ge-



Vier Jahre nach Beginn der Krise sind die Vertrauensreserven aufgebraucht: Graffiti im Londoner Stadtteil South Bank

Foto Mauritius Images

ben das Ziel der Geldwertstabilität auf und betreiben eine Inflationspolitik, durch die ihre Schulden entwertet werden. Es lässt sich nun zeigen, dass alle vier Strategien Konsequenzen haben würden, die nicht auf das Finanz- und Wirtschaftssystem zu begrenzen sind und sehr wahrscheinlich in der nächsten Stufe zu sozialer und politischer Destabilisierung führen werden.

Lösung eins, die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums durch Senkung der Staatsausgaben, ist die derzeit präferierte Strategie. Ihr Erfolg ist unwahrscheinlich. Durch Sparpolitik, wie sie Ländern wie Irland, Griechenland und Portugal verordnet wurde, fallen wichtige Nachfrageimpulse aus. Die Folgen lassen sich in Griechenland an der sinkenden Wirtschaftsleistung ablesen. Da durch das Schrumpfen der Wirtschaft Steuereinnahmen ausbleiben, bleibt auch der Abbau der Staatsverschuldung aus.

bleibt die Hoffnung, durch Strukturformen die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder mittelfristig zu verbessern. Das Gelingen solcher Reformen erscheint mehr als zweifelhaft – man schaue sich nur das Scheitern der jahrzehntelangen, extrem kostspieligen Bemühungen des italienischen Staats um eine Modernisierung des Mezzogiorno an. Ohne eine Oberschicht, die bereit ist, zu Hause unternehmerische Risiken einzugehen, statt ihr Geld im Ausland zu investieren, kann ein Land sich nicht entwickeln. Irland hat Strukturformen außerhalb seines Bankensystems nicht nötig. Großbritannien sowie die Vereinigten Staaten leiden an den Folgen ihrer langfristigen Deindustrialisierung und ihrer politisch gewünschten Konzentration auf jene Dienstleistungen, an denen der Kapitalismus 2008 beinahe zusammengebrochen wäre. In beiden Ländern würde eine Wiederherstellung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit umfangreiche langfristige öffentliche Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur erfordern, für die aber kein Geld vorhanden ist.

In allen betroffenen Ländern geht es um tiefe Einschnitte in den Sozialstaat, um Kürzungen bei Bildungs- und Gesundheitsausgaben sowie bei öffentlichen Investitionen. Diese Politik trifft in den Vereinigten Staaten auf seit langem stagnierende Reallohne und eine Situation, in der der Lebensstandard durch private Verschuldung und eine ständige Aufstockung der von den Familien erbrachten Arbeitsstunden verteidigt werden musste. In Griechenland, Spanien und jetzt auch in England lassen sich die sozialen Konflikte

erahnen, die aus der Sparpolitik erwachsen werden. In den Ländern, die Rettungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben, kommt es außerdem zu einer sehr weitgehenden Beschneidung ihrer staatlichen Souveränität. Zentrale demokratische Institutionen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik werden auf lange Zeit neutralisiert. Als Folge ist nicht auszuschließen, dass immer größere Teile der Bevölkerung sich von den verfassungsmäßigen Wegen politischer und wirtschaftlicher Interessenartikulation abwenden.

Die zweite Lösung bestünde in einer Erhöhung der Steuereinnahmen. In der Tat wäre dies vielleicht der einzig noch gangbare Weg – wäre er nicht politisch verpöndelt. Die Auseinandersetzung um die amerikanische Schuldenbremse hat deutlich gemacht, dass sich das Mantra „no new taxes“ so verfestigt hat, dass Steuererhöhungen politisch unmöglich geworden sind, erahnen, die aus der Sparpolitik erwachsen werden. In den Ländern, die Rettungsmaßnahmen in Anspruch genommen haben, kommt es außerdem zu einer sehr weitgehenden Beschneidung ihrer staatlichen Souveränität. Zentrale demokratische Institutionen der Wirtschafts- und Fiskalpolitik werden auf lange Zeit neutralisiert. Als Folge ist nicht auszuschließen, dass immer größere Teile der Bevölkerung sich von den verfassungsmäßigen Wegen politischer und wirtschaftlicher Interessenartikulation abwenden.

Die Autoren

Die Soziologen Jens Beckert und Wolfgang Streeck leiten das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, dessen Arbeitsschwerpunkte in der wirtschaftssoziologischen, politikwissenschaftlichen und fiskalpolitischen Analyse liegen.

auch wenn das amerikanische Steuerniveau immer noch relativ niedrig ist.

Dabei scheint es reichen Vermögensbesitzern wie den Brüdern Koch zu gelingen, populistische Bewegungen (Tea Party Movement) zu organisieren, die insbesondere die Republikaner daran hindern, sich auf höhere Steuern oder auch nur die Rücknahme von ursprünglich zeitlich befristete Steuererhöhungen einzulassen. In der Tat müssten Steuererhöhungen, wenn es einigermaßen gerecht zugehen sollte, wesentlich von obersten Einkommens- und Vermögensgruppen bezahlt werden. Diese Gruppe hat von den Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte und nicht zuletzt von den Zinseinnahmen aus Investitionen in staatliche Rentenpapiere am meisten profitiert und sämtliche Einkommenszuwächse auf sich konzentriert.

Aber auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern erscheint des sinkenden Lebensstandards der großen Masse der Amerikaner halber unvorstellbar. Generell gilt, dass Steuererhöhungen zur Abzahlung von Schulden nie populär sein kön-

nen, weil sie dazu dienen, bereits konsumierte Güter und Dienstleistungen zu bezahlen. Nicht zuletzt lassen sich angebotstheoretische Befürchtungen vorsehen, denen zufolge Steuererhöhungen insbesondere bei höheren Einkommen das Wirtschaftswachstum schädigen. Auch müsste mit Vermeidungsstrategien der Betroffenen gerechnet werden, insbesondere bei der Besteuerung von Vermögen.

Die dritte Lösung, Einstellung der Rückzahlung und teilweiser Schuldenerlass, wurde zuletzt von Argentinien verfolgt und führte dort zu einer vorübergehenden Entschuldung. Griechenland hat mit den letzten Beschlüssen der EU faktisch einen Teilerlass erhalten. Hierbei handelt es sich jedoch um eine relativ kleine Volkswirtschaft, bei der die Schulden zwar im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung, nicht aber absolut hoch sind. Die Kosten des Schuldenschnitts können deshalb von anderen Staaten und, zu einem geringen Teil, den privaten Gläubigern getragen werden. Dies gilt nicht für die großen europäischen Volkswirtschaften oder die amerikanischen. Eine Zahlungsunfähigkeit dieser Länder würde nicht nur deren Bankensystem, sondern auch das anderer Länder ruinieren. Eine Rettungsaktion wie die von 2008 würden die erschöpften Staatshaushalte wohl nicht mehr zulassen.

Auch wenn jedoch ein völliger Zusammenbruch der Weltwirtschaft infolge einer neuen Bankenkrise verhindert werden könnte, müsste mit einer sozialen Krise ungekannten Ausmaßes gerechnet werden. Große Teile der Staatsschulden werden nämlich von Pensionsfonds oder Versicherungen gehalten, die aus diesem Kapital Rentenzahlungen leisten und Lebensversicherungen auszahlen. Die Umorientierung hin zur kapitalbasierten Rente während der letzten Jahrzehnte hat eine wachsende Zahl von Rentenbezieherern in Abhängigkeit vom Kapitalmarkt gebracht. Nicht zuletzt hätte der Bankrott auch nur eines Staates zur sicheren Folge, dass die Refinanzierungskosten für die allermeisten Staaten steigen würden. Angesichts der enormen Höhe der gegenwärtigen Staatsverschuldung muss aber jede Erhöhung der Ausgaben für den Schuldendienst die Haushaltsdefizite weiter vergrößern und den Sparzwang verschärfen. Dies ist der Grund, warum die bislang weniger betroffenen Staaten alles tun, um Ländern wie Irland oder Griechenland den Staatsbankrott zu ersparen.

Viertens wäre denkbar, durch gewollte Inflation den realen Wert der Schulden zu senken. Zu diesem Zweck kann die Regierung Kredite bei der Zentralbank aufneh-

men und so die Geldmenge über das Wachstum hinaus erhöhen. Auch diese Option ist jedoch mit abenteuerlichen sozialen Kosten verbunden. Eine Entwertung von Vermögen schmälert heute die Altersversorgung weiter Kreise der Bevölkerung. Hinzu kommt, dass durch Inflation die Realeinkommen aller derer sinken, die ein fixes Einkommen als Beschäftigte oder als Empfänger von Transfereneinkommen beziehen. Damit wäre fast die gesamte Bevölkerung betroffen. Zu rechnen wäre mit sozialen Protesten und mit Forderungen nach einer Indexierung von Löhnen und Sozialleistungen. Die Folge wäre eine möglicherweise „galoppierende“ Steigerung der Inflationsrate. Im Übrigen führt jede Geldentwertung zu höheren Refinanzierungskosten der Staatsschulden an den Märkten.

Das bisherige Krisenmanagement war bemüht, Krisen durch Verlagerung der Probleme auf eine höhere Ebene mit größerem Vertrauensreservoir „aufzuheben“. Die Banken wurden von den Staaten gerettet; die kleinen Staaten von den großen. Diese Strategie kommt jetzt an ihr Ende. Der Vertrauensverlust ist mittlerweile überall angekommen. In der nächsten Stufe wird die Krise auf das soziale System übergreifen. Anzeichen finden sich bereits in steigender Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Gewaltausbrüchen in besonders betroffenen Ländern. Egal, ob durch Sparpolitik, Schuldenschnitt oder Inflation, die bevorstehende massive Reduzierung von Vermögen und Einkommen wird Konflikte hervorrufen. Diese haben das Potential, auch das politische System zu erreichen, zunächst etwa durch stärkeren Zulauf zu populistischen Bewegungen wie dem Front National oder der Tea Party.

Es zeigt sich, dass die Lösung der Schuldenkrise wesentlich eine Verteilungsfrage ist. Wer zahlt für Ausgaben, die längst getätigt wurden, ohne je abgegolten worden zu sein, in einer Situation, in der die Gläubiger das Vertrauen verloren haben und ihr Geld zurückverlangen? Was da aussteht, ist die Wirtschaftsleistung eines ganzen Jahres, in einigen Ländern sogar weit mehr. Nachdem die Zuwächse des Sozialprodukts während der vergangenen dreißig Jahre vornehmlich den oberen Bevölkerungsschichten zugutekamen, stellt sich in der Schuldenkrise die Frage, ob und mit welchen Mitteln die Wohlhabenden versuchen werden, ihre Position auch um den Preis einer massiven sozialen und politischen Krise zu verteidigen. Wir können nicht ausschließen, dass sie die Schrift an der Wand auch weiterhin nicht verstehen wollen.

lisiert. Der Berliner „Tagesspiegel“ hat nun auf einen Verdacht hingewiesen, der in „Sicherheitskreisen“ kursiert. Er betrifft einen dreißigjährigen Mann, der in einem linksalternativen Wohnprojekt lebt, Anfang Juni in der Nähe eines brennenden Autos festgenommen wurde und Grillanzünder bei sich trug. Er kam in Untersuchungshaft, und die Anzahl der Anschläge ging zurück, bis er wegen eines anderen Anschlages in dieser Woche zu einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung verurteilt wurde und wieder freikam.

Es wird vermutet, dass sich der Mann in einen Hass gegen BMW, Mercedes und Audi hineingesteigert habe. Womöglich meint das alles also nicht die Menschen, sondern die Autos. **MARCUS JAUER**

Sex wie Soße

Bei der Markus-Lanz-Sendung mit Charlotte Roche fühlte man sich an die tiefsten siebziger Jahre erinnert. Damals scheute man keine Mätzchen, um sich selbst als unverklemmten Sex-Talker darzustellen. Nur ja nicht in den Verdacht geraten, man zögere, die Dinge beim Namen zu nennen. Man gab sich seinerzeit zum Beispiel Mühe, das Wort Sex mit scharfem S zu sprechen (sogenanntes stimmloses S). Wer das Sex-S dagegen stimmhaft sprach (Sex wie Soße), wählte sich mit dem Stigma des Aussätzigen behaftet, gab zu erkennen, dass er zu seinem Körper noch kein entspanntes Verhältnis gefunden hatte. Das Gesellschaftsspiel gehörte der Regel: Wer als erster rot wird, hat verloren. Seit die Siebziger alles rausgelassen haben, funktioniert das Spiel so richtig nur noch in der Adoleszenz und bei Markus Lanz. Er sei schon nach dem ersten Buch der Roche rot geworden und rot geblieben, kokettierte Lanz. Überhaupt beherrschte der aus dem Ei gepellte Moderator die Sendung im Modus der Übersprungshandlung. Juxend versuchte er es mit der Bemerkung, das neue Buch der Roche gehe ja gleich mit einer deftigen Sex-Szene (das S kam zwei Tic zu scharf) los, und nach der Lektüre könne man sich als Mann nur wundern, was man da, am Unterleib, so alles habe (hi, hi?). Tapfer brachte Lanz die Sexszene zu Gehör, ließ die labialdentale Laute durchaus korrekt zwischen Unterlippe und den Zähnen des Oberkiefers gleiten. Doch im demographisch eher abgehängenen Publikum schien man das alles schon irgendwie hinter sich zu haben und Lanz gegenüber insofern einen Schritt voraus zu sein, als man hier mehrheitlich nach der noblen Kavaliere-Maxime „genießen und schweigen“ verfuhr. Anders gesagt, rauschte Lanz an diesem Abend mit großem Getöse in die Banalitätsfalle des Geschlechtlichen hinein, das sich eben nicht einfach als „Stellen“ aus einem Roman herauslösen lässt, in der falken Annaulose, es gebe danach noch etwas zu bereden. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum sich die Schriftstellerin keinen Gefallen tut, wenn sie jetzt landauf, landab über ihr Buch plaudert. Man schöpft nur unnötig Verdacht, sie habe nichts zu sagen. **gey**

Hatschepsuts Salbe

Flakon-Geheimnis gelüftet

Starb Hatschepsut durch eine krebserregende Lotion? Darauf deutet der Inhalt ihres Flakons hin. Bonner Wissenschaftler glauben nach einer endoskopischen Untersuchung, dass die Hautcreme der berühmten ägyptischen Pharaonin krebserregende Substanzen enthält. Es sei bekannt gewesen, dass Hatschepsut an Krebs und anderen Krankheiten wie Gicht und Diabetes litt. Die Pharaonin lebte um 1450 vor Christus und hat zwanzig Jahre als erste Herrscherin regiert. Das etwa fünfzehn Zentimeter hohe, noch verschlossene Originalbehältnis mit langem Flachhals war zunächst geröntgt worden. Dabei wurden Reste der Originalflüssigkeit festgestellt. „In dem Fläschchen war kein Parfüm, sondern eine Art Hautpflegecreme oder auch Medikament für eine möglicherweise von Ekzemen geplagte Monarchin“, sagte Helmut Wiedenfeld vom Pharmazeutischen Institut der Universität Bonn. „Möglicherweise hatte sie Schuppenflechte.“ Die Flüssigkeit mit Palmöl und Muskatnussöl und ungesättigten Fettsäuren war allerdings nicht harmlos: Sie enthält auch Teer. Das Fläschchen gehörte der Inschrift zufolge der Pharaonin. Eine Fälschung sei „ausgeschlossen“, sagte Höveler-Müller, der auch Kustos des Ägyptischen Museums der Universität Bonn ist. **F.A.Z.**

Heute

Museen für den Zauberer

Alle wollen zu Thomas Mann. Lübeck, München und Düsseldorf ringen um das Publikum, das ihn längst auch auf dem Boulevard und in Universitäten findet. **Seite 31**

Happy End für ein Bild

Vor langer Zeit wurde ein Gemälde von Jan Steen zerschritten. Erst fanden die zwei getrennten Teile wieder zusammen, jetzt einigten sich auch ihre Besitzer. **Kunstmarkt 33**

Europunk

Jede Musik, die heute neu erscheint, erinnert an andere, die man schon kennt. Aus Hamburg ertönt nun Techno-Punk, der sich kaum zuordnen, aber gut hören lässt. **Seite 35**

Die Reportage

Die Mormonen haben lange Erfahrung darin, sich der amerikanischen Gesellschaft anzupassen. Darüber wurden sie zu einigen ihrer erfolgreichsten Mitglieder. **Seite 38**

Feuerteufel

Brennende Frage: Wer fackelt in Berlin Autos ab?

Es gibt in Berlin 1,2 Millionen Autos, von denen die meisten nachts entlang des mehrere tausend Kilometer umfassenden Straßennetzes abgestellt werden, und selbst wenn man die dreihundert Fahrzeuge abzählt, die seit Anfang des Jahres von Unbekannten angezündet worden sind, bleiben es immer noch so viele, dass sie von den hundertsechzig Polizisten, die jede Nacht Brandstreife laufen, niemals wirksam geschützt werden können. Angesichts dieser

Zahlen hatte sich die Hilflosigkeit der Polizei, die Täter zu finden, mit der Hilflosigkeit der Politik, sich deren Motive zu erklären, lange die Waage gehalten. Dann brannten diese Woche, einen Monat vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus, innerhalb von drei Nächten fünfundvierzig Autos ab, und die Politik holte auf.

Die Innenexperten der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU, Dieter Wiefelspütz und Wolfgang Bosbach, sonst selten einer Meinung, bezeichneten die Taten als „Vorstufe zum Terrorismus“, auch die RAF „habe einmal nur mit Brandanschlägen angefangen“. Dabei fehlt zu den Bränden seit Jahren der Name einer Gruppierung oder aber ein Bekennerschreiben, das sich zu ordnen ließe und aussagte, was überhaupt

erreicht werden soll. In den Zeitungen stand zwar immer, die „Hassbrenner“ stammten aus der linksextremen Szene und wollten „die Reichen“ aus jenen Wohngebieten vertreiben, die nach der Sanierung unbezahlbar geworden seien. Inzwischen aber brennen nicht nur Luxuslimousinen, sondern auch Kleinwagen und Familienautos, selbst in den ärmeren Vierteln der Stadt. Wenn das Terrorismus ist, dann einer, der sich an niemanden wendet und mit keinem mehr rechnet.

Die zweite Erklärung sprang nach den jüngsten Unruhen in London wie ein Funke nach Berlin über. Hier waren die Brände die Vorstufe für einen Aufstand der Abgehängten, deren Wut auf die Mittel- und Oberschicht sich nun stellvertretend gegen

die entsprechenden Wagen richtet. Aber erstens brennen die Autos in Berlin schon seit Jahren, und zweitens ist es etwas anderes, unter den Augen von Überwachungskameras zu plündern, als heimlich einen Brandbeschleuniger durch den Kühlergrill oder auf das Vorderrad eines Fahrzeugs zu legen. Denn das ist sie auch schon, die Methode der Täter, und es braucht dafür nicht mehr als einen Grillkohleanzünder oder eine Tube Leim und ein Feuerzeug. Bevor der Brand ausgebrochen ist, vergeht ausreichend Zeit, sich davonzumachen, und bevor die Flammen übergreifen und womöglich Menschen gefährdet sind, kommt die Feuerwehr und löscht. Es ist natürlich trotzdem Vandalismus, aber er wirkt in seiner Art, jedes Risiko zu bedenken, seltsam zivi-